Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt, Westholsener Zeitung, Iserlohner Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ◆ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ◆ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 287 | Anzeigen-Preise: Lokale 10 Pf., Auswärtige 12 Pf., Familien-Anzeigen 8 Pf., Reklamen 50 Pf. Finanz-Anzeigen 12 Pf. | Freitag, den 7. Dezember 1923 | Einzelnummer: 200 Milliarden Papiermark | 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Die Anzeigensteuer.

wtb **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Der Verein Deutscher Zeitungsverleger teilt mit, das Reichsfinanzministerium setzte den Umrechnungskurs für die jetzt fällige Vorauszahlung auf die Anzeigensteuer für November auf 500 Milliarden fest.

Ermächtigungsgesetz in Braunschweig.

wtb **Braunschweig**, 6. Dez. (Tel.) In der gestrigen Landtagssitzung wurde das Ermächtigungsgesetz mit 34 gegen 23 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten und Demokraten, dagegen die bürgerlichen Abgeordneten. Nach dem Ermächtigungsgesetz werden die Mitglieder des Staatsministeriums von dem aus 30 Abgeordneten bestehenden Landtage gewählt und können jederzeit abberufen werden. Der gegenwärtige Landtag wird am 26. Januar aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 27. Januar statt.

Wertbeständige Geldstrafen.

wtb **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Der preußische Minister des Innern erließ nach einer Mitteilung des amtlichen preuß. Pressedienstes eine Verfügung, in der die polizeilichen Geldstrafen im Höchstfalle einheitlich auf 150 Goldmark festgesetzt werden.

Komplottprozeß im Elsaß.

wtb **Straßburg i. E.**, 6. Des. (Tel.) Das Schwurgericht hat den als Neutralisten bezeichneten elsässischen Bürger Ley wegen Komplotts gegen die Sicherheit des Staates nach mehrtägiger Verhandlung zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ley hat das Nichtigkeitsverfahren gegen das Urteil beantragt.

Haftbefehle gegen Kommunisten.

wtb **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Die Berliner politische Polizei erließ Haftbefehle gegen die kommunistischen Hetzer und Vertrauensleute, die zu Demonstrationen auffordern. Einige Haftbefehle sind bereits ausgeführt worden.

wtb **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Die von den Kommunisten heute im Lustgarten veranstaltete Versammlung konnte von der Polizei mühelos zerstreut werden.

Abkommen mit der Micum.

wtb **Paris**, 6. Dez. (Tel.) Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf hat die Micum Abkommen mit den Firmen Klöckner, Mülheimer Bergwerksverein, Rombacher Hütte, Herkules III und Klosterbund abgeschlossen.

Der Mörder Tiszas.

wtb **Budapest**, 6. Dez. Das oberste Gericht hat heute das wegen der Ermordung des Grafen Stefan Tisza gefällte Urteil, wonach der Angeklagte Marcel Gärtner eine 14jährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat, bestätigt. Das Urteil ist dadurch rechtskräftig geworden.

Die französische Wahlreform.

wtb **Paris**, 6. Dez. (Tel.) Die Kammer hat heute den Gesetzentwurf über die Wahlreform mit 408 gegen 117 Stimmen angenommen. Die Wahl von 1924 wird sich danach auf Grund desselben Systems vollziehen, wie die von 1919. Voraussetzung ist allerdings, daß sich der Senat dem Votum der Kammer anschließt.

Haftentlassung.

* **München**, 6. Dez. Der Abgeordnete Dr. Roth in München ist zur Regelung von Erbschaftsangelegenheiten anläßlich des vor kurzem erfolgten Todes seines Vaters vorübergehend aus der Haft entlassen worden.

Kein Münchener Karneval.

* **München**, 6. Dez. Generalstaatskommissar v. Kahr beabsichtigt, den Karneval und alle Faschingsveranstaltungen in München und im ganzen bayrischen Gebiet für 1924 zu verbieten.

Selbstmord des jungen Daudet.

* **Paris**, 6. Dez. Die Leiche des jungen Philippe Daudet wurde gestern in Paris ausgegraben und von Gerichtsärzten untersucht. Sie stellten fest, daß es sich um Selbstmord handelt.

Die überarbeiteten Hausfrauen.

* **Washington**, 5. Dez. Verschiedene Mitglieder des amerikanischen Senats erhielten eine Eingabe, die von der Vereinigung der überarbeiteten und schlecht bezahlten Hausfrauen unterzeichnet ist, und in der diese um das Zustandekommen eines Gesetzes zum Schutze ihrer Interessen ersuchen. Die Eingabe hat in den Wandelgängen des Senats große Heiterkeit erregt.

Ausländische Soldaten in China.

wtb **London**, 6. Dez. (Tel.) Reuter meldet aus Peking: Nachdem Sunyatsen gedroht hat, die Zollgelder in Karthum mit Beschlag zu belegen, haben die im Hafen liegenden 7 ausländischen Kanonenboote Soldaten mit Geschützen und Maschinengewehren gelandet, die die Zollämter besetzten.

Die preußische Roggenwertanleihe.

wtb Berlin, 6. Dez. (Tel.) Wie aus dem preußischen Finanzministerium mitgeteilt wird, gilt als Zeichnungspreis für den morgigen ersten Zeichnungstag, Freitag, der neuen fünfprozentigen preußischen Roggenwertanleihe der letzte Börsenkurs von Mittwoch, der im Anschluß an den Roggenpreis der Produktenbörse von 11 auf 8,5 Millionen gleich 8,5 Goldmark für 50 Kg. herabgesetzt wurde. Auf diesen Preis wird den Zeichnern ein Rabatt von 5 Prozent gewährt. Da die Bremer Roggennotierung ständig auf 2,10 Dollar gleich 8,82 Goldmark für 50 Kg. lautet, kann dieser Preis als billig betrachtet werden.

Die Schlußabstimmung auf Samstag vertagt.

wtb **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Der Reichstag hat die entscheidende Schlußabstimmung über das Ermächtigungsgesetz auf Samstag vertagt. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, erfolgte diese Vertagung, weil damit gerechnet wurde, daß die Opposition vor der Schlußabstimmung den Saal verlassen wolle und damit die für die Annahme des Gesetzes erforderlichen Zweidrittel der Abgeordneten nicht gesichert gewesen wären.

wtb **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Wie die Blätter zu der Abstimmung im Reichstag erfahren, hat der Reichspräsident den Gedanken der Auflösung des Reichstages erwogen und die Auflösungsurkunde dem Reichskanzler in die Hand gegeben. Der Reichskanzler hat sich jedoch nach Erwägung aller Umstände entschlossen, noch einmal in die Vertagung des Reichstages bis zum Samstag zu willigen, da höchstens 5 oder 6 Stimmen an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlten. Sollten die fehlenden Stimmen bis Samstag nicht aufgebracht werden können, würde der Reichskanzler alsdann vor dem letzten Mittel der Reichstagsauflösung nicht zurückschrecken.

Die Steuernotverordnung.

wtb **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) In den Beratungen des Finanzausschusses des Reichswirtschaftsrates über den Entwurf einer Steuer-Notverordnung wurde der Zeitpunkt für den 3. Zahlbetrag der Rhein- und Ruhrabgabe vom 15. auf den 20. Dezember hinausgeschoben. In der Frage des Lohnsteuerabzuges geht der Entwurf davon aus, daß das Gehaltseinkommen bis 8000 Mark im Wege des Steuerabzugs endgültig versteuert werden soll. Der Ausschuß beschloß die Einfügung einer Freigrenze in Höhe von 20 Mark. Die Ermäßigungssätze sollen betragen:

bei einem unverheirateten Arbeitnehmer	2 %
verwitweten od. kinderlosen verh. Arbeitnehmer	3 %
verheirateten oder verw. Arbeitnehmer mit 1 oder 2 minderjährigen Kindern	4 %
3 oder 4 minderjährigen Kindern	6 %
5 oder 6 minderjährigen Kindern	8 %
mit mehr als 6 minderjährigen Kindern	10 %

Bei der Umsatzsteuer wurde der bisherige Satz von 2 % wieder hergestellt. Im übrigen wurden die in der Steuerverordnung genannten Steuern in der Fassung der Regierungsvorlage mit unwesentlichen Aenderungen angenommen.

Demonstration vor dem Reichstag.

NDZ. **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Vor dem Reichstagsgebäude hatten sich heute in der Mittagsstunde einige Hundert Eisenbahner, Mitglieder verschiedener Eisenbahngewerkschaften, eingefunden, um gegen die Beamtenabbauverordnung zu demonstrieren, da auf der heutigen Tagesordnung der Reichstagssitzung auch der Antrag der Deutschnationalen auf Revision dieser Verordnung steht. Die Beamten hatten den lebhaften Wunsch, auch der Reichstagssitzung beiwohnen zu können. Bei dem beschränkten Raum der Tribünen konnten jedoch nur einige wenige Einlaßkarten erhalten.

Der Wiederaufbau in Frankreich.

wtb **Paris**, 6. Dez. (Tel.) Nach einer von Havas veröffentlichten amtlichen Verautlichung über den Stand des Wiederaufbaues in den zerstörten Gebieten und die Kreditanforderungen im Haushalt 1924 heißt es: Zurzeit seien von 22 000 vom Feind zerstörten und beschädigten Fabriken 20 000 wiederhergestellt. Es seien etwa 2 912 000 Hektar zerstörten Bodens wieder angebaut, d. h. 88 Proz. der zerstörten landwirtschaftlichen Plätze. Schließlich seien 598 000 Häuser wiederhergestellt, allerdings seien 143 000 Häuser noch anzubauen, aber schon besitze das Gebiet wieder seine normalige Bevölkerung. Bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres würden für die sachlichen Zerstörungen 44, für die Personenschäden 35 Milliarden Frcs. verausgabt sein. Man komme so zu dem Gesamtbetrag von 199 Milliarden, welche die französischen Sparer und Steuerzahler in verschiedener Form dem Staate dargebracht haben.

Die amerikanische Lebensmittelanleihe.

wtb **Paris**, 6. Dez. (Tel.) Havas berichtet aus Washington: Nach Mitteilungen aus autorisierter Quelle wünsche die deutsche Regierung eine Anleihe zu erheben, die ihr den Ankauf von Lebensmitteln erlaube. Die Priorität zu einer solchen Anleihe erfordere die einmütige Zustimmung des Wiederherstellungsausschusses. Deutschland unternehme Demarchen bei den verschiedenen Regierungen, um ihre Erlaubnis zu erhalten. Man erkläre im Staatsdepartement, es werde für die Vereinigten Staaten ein Beobachter in den Wiederherstellungsausschuß entsandt werden. Seine Instruktion laute, daß man keine Einwendung erhebe gegen eine Anleihe. Der Betrag der Anleihe werde wahrscheinlich 70 Millionen Dollar nicht überschreiten und werde erzielt durch Unterbringung von Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten und in England durch Privatunternehmungen. Es handle sich in keiner Weise um Regierungsdarlehen. Der deutsche Botschafter in London habe beim Foreign Office eine ähnliche Erklärung vorgebracht.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit.

hb **Berlin**, 6. Dez. (Privattel.) Nach Berichten im Reichsarbeitsblatt waren bereits im Oktober mehr als sieben Zehntel von 1219 industriellen Unternehmungen schlecht beschäftigt. Nach Schätzung des deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes sind nur noch 5 Prozent der Arbeitnehmer in der deutschen Bekleidungsindustrie voll beschäftigt, die übrigen teils voll erwerbslos, teils arbeiten sie verkürzt bis zu einem Tage wöchentlich. Es ist dies ein Zeichen der Verarmung des deutschen Volkes, das an die Anschaffung von Bekleidungsstücken nicht mehr denken kann, da das ganze Einkommen für Gegenstände des täglichen Gebrauchs verwendet werden muß. — Auch nach den Berichten der Krankenkassen haben die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit weiter zugenommen. Am 27. Oktober waren bereits 19,1 Proz. der Arbeiterschaft oder etwa jeder fünfte Arbeiter erwerbslos. Die Zahl der Kurzarbeiter beträgt etwa zwei Fünftel der gesamten Arbeiterschaft.

Eine Geheimorganisation ausgehoben

wtb **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Die Polizei hob zwei Versammlungen politisch rechtsstehender Personen auf, die einer militärisch gegliederten von Mecklenburg aus geleiteten Organisation angehörten. Von 60 festgenommenen Personen wurden 51 nach eingehendem Verhör entlassen, während 9 dem Richter vorgeführt wurden. Gegen alle Versammlungsteilnehmer wurde ein Strafverfahren wegen Geheimbündelei, Verstoß gegen die Reichsverordnung über die Bildung militärischer Verbände und gegen das Republikschutzgesetz eingeleitet.

Um Schutzzoll und Reparationen.

Dem Ausgang der Wahlen zum englischen Unterhause sieht man diesmal mit besonderem Interesse entgegen, weil die wichtigsten Probleme, um die es dabei geht, nicht so sehr innenpolitischer als vielmehr außenpolitischer Natur sind, nämlich einmal die Entscheidung darüber, ob der vom Premierminister Baldwin der Reichskonferenz unterbreitete Schutzzollplan, der das gesamte britische Reich zu einem sich selbst genügenden Wirtschaftsgebiet auszugestalten will, verwirklicht werden soll, und zweitens die endgültige Stellungnahme zur Reparationspolitik, zum Verhältnis der Alliierten untereinander, insbesondere zu Frankreich — eine Frage, die ja fürs erste vertagt worden ist.

In dem jetzt aufgelösten Parlament, das am 15. November 1922 gewählt wurde, wiesen die Parteien folgende Stärke auf: Konservative (Unionisten) 385, Arbeiterpartei 141, Asquith-Liberale 66, Lloyd-George-Liberale 51, Nordirische Unionisten 11, Unabhängige 7 und 1 Kommunist. Die Konservativen verfügen also über die Mehrheit, wobei freilich die Schwierigkeiten für sie darin lag, daß der sogenannte Diehard-Flügel (die hard bedeutet diejenigen, die schwer sterben, d. h. nicht nachgeben) der Partei ungefähr die Mandatszahl umfaßte, um welche die Konservativen das Uebergewicht über die Gesamtheit der oppositionellen Parteien hatten. Während nun die Mehrheit der konservativen Partei für ein entschiedeneres Vorgehen in der Reparationsfrage war, treten die deutschfeindlichen Diehards für eine ausgesprochen franzosenfreundliche Politik ein. Trug schon dies zur Zersplitterung der Partei bei, so kommt hinzu, daß ein Teil der Konservativen gegen Baldwins Schutzzollpläne ist, sodaß die Partei auch in diesem Punkt gespalten ist.

Der Wahlkampf, für den 1395 Kandidaten aufgestellt wurden, ist insofern vereinfacht, weil es bei dem noch sehr rückständigen Wahlsystem in England keine Listenwahl, keine Verrechnung von Feststimmen, ja, nicht einmal eine Stichwahl gibt. Gewählt ist vielmehr der Kandidat, der in einem Wahlbezirk die meisten Stimmen erhält, selbst wenn die Gegenkandidaten zusammen weit mehr Stimmen aufbringen; es entscheidet also die relative Mehrheit. So konnte es kommen, daß die konservative Partei die Mehrheit hatte, obwohl sie nur 5,2 Millionen Stimmen, die Oppositionsparteien aber 7,5 Millionen erzielten. Und das ist auch der Grund, weshalb die kleinen Parteien in England so bedeutungslos sind.

Was den Ausgang der Wahlen betrifft, so geht die allgemeine Meinung dahin, daß die Konservativen zwar etwas geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgehen, aber doch die Mehrheit behaupten werden. Sie selber rechnen auf 332 Mandate gegen 157 Liberale und 120 Arbeiterparteiler, und dieser Rennstipp dürfte wohl der Wahrheit ziemlich nahe kommen. Die Liberalen haben jedenfalls Aussicht auf eine namhafte Verstärkung, sodaß besonders in anbetracht dessen, daß, wie schon betont, auch ein Teil der Konservativen gegen die extreme Schutzzollpolitik ist, es als durchaus fraglich erscheint, ob Baldwin seinen Plan einer britischen Autarkie, d. h. einer sich wirtschaftlich selbst genügenden Imperiums, wird durchführen können. Vermutlich wird er sich mit einer etwas gedämpfteren Verstärkung des Industrieschutzes begnügen müssen. Die Parole „gegen die chinesische Zollmauer" ist das Hauptschlagwort, mit dem Liberale und Arbeiterparteiler den Wahlkampf führen.

Mit dieser Frage hängt die der Reparationsregelung eng zusammen; denn die Krise der britischen Industrie und die dadurch hervorgerufene große Arbeitslosigkeit ist, wie auch in England eingesehen wird, in der Hauptsache eine Folge der durch die Reparations- und Sanktionspolitik bewirkten Zerstörung des deutschen Wirtschaftsmarktes im besonderen und der europäischen Wirtschaftssabotage im allgemeinen. Deshalb ist auch ein großer Teil der öffentlichen Meinung in England dafür, durch einen scharfen Druck auf Frankreich endlich eine politische und wirtschaftliche Befriedung Europas auf dem Wege der Reparationsverständigung mit Deutschland herbeizuführen. Ueber diese Politik wird der Ausgang der Wahlen entscheiden, wobei es von ausschlaggebender Bedeutung ist, einmal, wie groß die zu erwartende Mehrheit der Konservativen sein, und zweitens welche Stärke innerhalb der Partei der Diehardflügel aufweisen wird. Die jetzt in der Reparationskommission erzielte sogenannte Verständigung Englands und Frankreichs, die von der Pariser Presse als „Wiedergeburt der entente cordiale" begrüßt wird, bedeutet in Wahrheit nur eine Vertagung der ganzen Frage, während die interalliierte Reparationskrise unverändert fortbesteht. Hier liegt der weltpolitische Einschlag der englischen Wahlen, der nicht nur für die deutsche Außenpolitik, sondern zugleich für das Problem Europa von weitgehender Bedeutung ist.

Deutscher Reichstag.

369. Sitzung.

NDZ. **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Der Beginn der Sitzung, die für 1 Uhr anberaumt war, hat sich um eine Stunde verzögert, weil von den Fraktionen der Regierungsmehrheit so viele Abgeordnete fehlten, daß beim Fernbleiben der Deutschnationalen und der äußersten Linken die zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes notwendige Präsenz von zwei Drittel der Abgeordneten nicht vorhanden gewesen wäre.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr. Er teilt mit, daß von der Staatsanwaltschaft Anträge auf Strafverfolgung wegen Hochverrats gegen die Abgeordneten v. Graefe (Deutschvölkisch) und gegen verschiedene kommunistische Abgeordnete ausgegangen seien.

Abg. v. Graefe beantragt selbst die Aufhebung seiner Immunität, da er größtes Interesse an der schleunigen Erledigung seines Strafverfahrens habe.

Der Antrag wird auf Vorschlag des Präsidenten zurückgestellt. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen ohne Aussprache geht das Haus über zur

3. Beratung des Ermächtigungsgesetzes

Der Antrag auf namentliche Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum wird nicht genügend unterstützt. Das Mißtrauensvotum wird gegen die Kommunisten, Deutschvölkischen und die Lebebour-Gruppe, insgesamt 11 Stimmen, abgelehnt.

Abg. Wulle (Deutschvölkisch) wendet sich gegen das Ermächtigungsgesetz. Das erste Ermächtigungsgesetz sei

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 7 Dezember.

[Die Zahlen in Milliarden.]

Großhandel für das Reich am 4. XII.	1337,4
Lebenshaltg. „ „ „ am 3. XII.	1515
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	1000
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 7. XII	1000
Goldmarkkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr	1000
Anzeigenschlüssel vom 21. XI ab	1400
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 3. XII.	400
Steuerermäßigungsmultiplikator in der Woche vom 2. XII.—8. XII.	850000
Goldankaufspreis der Reichsbank am 3. XII für ein Zwanzig-Mark Stück	19,267,584,000,000 M.
Fernbrief ab 1. XII.	10 Pfg.
Fernpostkarte ab 1. XII.	5 Pfg.

Der Dollar am 6. XII. 23

Dollarkurs Geld: 4 189 500 000 000
Brief: 4 210 500 000 000

den Schutzgesetz für den jüdischen Bankkapitalismus gewesen. Als dem jetzt vorgeschlagenen sei dieselbe Absicht vorhanden. Der Redner wendet sich gegen die Art des Beamtenabbaues, vor allem gegen den Abbau des technischen Aufsichtsperonals. Abgebaut werden könnte bei den sozialdemokratischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und in den Ministerien. Im preuß. Justizministerium sei z. B. der jüdische Referent Dr. Rosenfeld mit seinen vielen jüdischen Professoren zu entbehren. Auch in den Finanzämtern könnte erheblich abgebaut werden. Die aus dem Ruhrgebiet vertriebenen Beamten sollten dagegen schleunigst wieder eingestellt werden.

Abg. Fehr (Bayr. Bauernbund): Der Bayrische Bauernbund muß dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung versagen, weil wir befürchten, daß die unter diesem Gesetz ergehenden steuerlichen Maßnahmen die Interessen des bäuerlichen Mittelstandes nicht genügend berücksichtigen werden. Zum Reichskanzler und seinem Kabinett haben wir das Vertrauen, daß die in Aussicht gestellten Verhandlungen mit den Ländern in durchaus versöhnlichem Sinne geführt werden.

Abg. Ledebour (U.) verurteilt in längeren Ausführungen das Verhalten der sozialdemokratischen Partei gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner.

Nach polemischen Ausführungen der Abgg. Hildenbrand (Soz.) gegen Wulle (D.völkisch), Sollmann (Soz.) gegen Stöcker (Komm.) und Guerard (Zentr.) gegen Stöcker nimmt

Reichsfinanzminister Dr. Luther Stellung zu einem inzwischen von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag, wonach die Ermächtigung sich nicht auf die Aenderung der währungsgesetzlichen Bestimmungen über die Rentenmark erstrecken soll. Die Regierung bittet demnach um Ablehnung des Antrages, weil die von der Regierung beabsichtigte allmähliche Aufhebung der Zwangswirtschaft einige gewisse formale Aenderungen nötig machen.

Abg. Dr. Reichert (DN.) ist durch diese Erklärung des Reichsfinanzministers befriedigt und verzichtet auf die Abstimmung über den Antrag seiner Freunde.

Ein kommunistischer Antrag, den Ueberwachungsausschuß zum Ermächtigungsgesetz von 15 auf 21 Mitglieder zu verstärken, wird abgelehnt.

Angenommen wird ein Antrag der Mittelparteien, wonach der Reichstagsausschuß über Anträge zu Verordnungen auf Grund des alten Ermächtigungsgesetzes zu hören ist.

Die Abstimmung.

Dann erfolgt die Abstimmung über den § 1 des Ermächtigungsgesetzes. Sie erfolgt auf Antrag der Deutschnationalen namentlich.

§ 1 des Ermächtigungsgesetzes wird mit 282 gegen 79 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen haben die Deutschnationalen, die Deutschvölkischen, der Bayrische Bauernbund, die Unabhängigen und die Kommunisten gestimmt. — § 2 wird gleichfalls in namentlicher Abstimmung mit 278 gegen 81 Stimmen angenommen.

Präsident Loebe verliest hierauf einen Antrag des Zentrums, die entscheidende Schlußabstimmung auf Samstag zu vertagen. (Zurufe und Gelächter, in das viele Tribünenbesucher einstimmen.)

Die Schlußabstimmung vertagt.

Der Antrag auf Schlußabstimmung für Samstag wird gegen die Deutschnationalen, Deutschvölkischen, Kommunisten angenommen. Ein Antrag Loebe, wonach der parlamentarische Ueberwachungsausschuß auch bei der Auflösung des Reichstages weiter arbeiten soll, wird mit der für die verfassungsmäßigen Aenderungen erforderlichen Mehrheit angenommen.

Gegen 6 Uhr vertagt sich das Haus auf Samstag 2 Uhr: Schlußabstimmung über das Ermächtigungsgesetz, Reichswahlgesetz und Gesetz über Volksentscheid.

Preußischer Landtag.

bb **Berlin**, 5. Dez. In der heutigen Sitzung stand auf der Tagesordnung eine **Erklärung der preußischen Staatsregierung zur Rheinlandfrage.**

Der preußische Ministerpräsident **Braun** gab namens der Staatsregierung eine Erklärung zur Rheinlandfrage ab. Er schilderte den militärischen Druck und die Ausschreitungen der separatistischen Banden, den einmütigen Widerstand der Bevölkerung und die furchtbare Not der breiten Massen. Dann fuhr er fort:

Wir haben unsere rheinisch-westfälischen Volksgenossen in ihrem schweren Abwehrkampfe nicht im Stich gelassen und werden sie nicht im Stiche lassen.

Aber wir können die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß durch die französische Gewaltpolitik im Westen die wirtschaftliche Kraft des übrigen Deutschlands, vornehmlich durch die völlige Zerrüttung der deutschen Währung, so erschöpft worden ist, daß auf dem Gebiet der Unterstützungen dem weiteren Können immer engere Grenzen gesetzt worden sind. Schon jetzt haben erhebliche Einschränkungen erfolgen müssen, die große Kreise der Bevölkerung des besetzten Gebiets, insbesondere die schwer notleidende Arbeiterbevölkerung des Industriegebiets, in eine verzweifelte Lage gebracht haben.

Dadurch sind auch in durchaus deutsch gesinnten Kreisen des besetzten Rheinlandes Loslösungs- und staatliche Selbständigkeitsbestrebungen veranlaßt worden, die im Hinblick auf die Ziele der französischen Rheinlandpolitik zu starken Besorgnissen Anlaß geben.

Der Gedanke der Loslösung der Rheinlande von Preußen und der Schaffung eines selbständigen Staates im Rahmen des Deutschen Reiches ist nicht neu. Die deutsche Reichsverfassung gibt ja auch die Möglichkeit, wenn der Wille der Mehrheit der Bevölkerung darauf gerichtet ist, ihn auf verfassungsmäßigem Wege zu verwirklichen. Indes waren sich bisher alle Parteien im Rheinlande darin einig, daß es nicht opportun sei, unter dem Druck der Besatzung eine Willensäußerung der Bevölkerung über diese Frage herbeizuführen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Loslösung der Rheinlande aus dem preußischen Staatsgefüge der erste Schritt zur Loslösung dieses Gebietes vom Deutschen Reiche wäre.

Ist einmal erst der erste verhängnisvolle Schritt getan, so ergibt sich die weitere Entwicklung unter dem Druck der Besatzungsmächte ganz zwangsläufig. Denn die französische Rheinlandpolitik ist nicht darauf gerichtet, die preußische Rheinprovinz zu einem deutschen selbständigen Staat im Rahmen des Deutschen Reiches gleich den anderen deutschen Ländern zu machen, sondern ihr Ziel ist: die Trennung dieses Gebietes vom Reich. Deshalb muß mit aller Entschiedenheit den Anfängen gewehrt werden.

Die Verhandlungen, die zurzeit von Ausschüssen politischer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen im besetzten Gebiet geführt werden, bewegen sich nach dem, was darüber bekanntgeworden ist, nicht immer in dem Rahmen der deutschen Reichs- und preußischen Staatsverfassung.

Die Reichsregierung hatte, nachdem die französische Regierung unmittelbare Verhandlungen mit ihr über das Rheinland abgelehnt hat, einem aus den Parteien und Wirtschaftsverbänden gebildeten Fünfzehner-Ausschuß die Ermächtigung gegeben, um die Not der Bevölkerung zu lindern, über wirtschaftliche und soziale Fragen mit den Besatzungsbehörden zu verhandeln. Ueber politische Fragen, Fragen staatsrechtlicher Natur, insbesondere über eine Umgestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des besetzten Gebiets sollte der Ausschuß nicht berechtigt sein, zu verhandeln.

Leider ist nunmehr zu konstatieren, daß bei den Verhandlungen, die die Beauftragten dieses Ausschusses mit dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission gepflogen haben, die politischen und staatsrechtlichen Fragen über die staatliche Umgestaltung des Rheinlandes mehr Gegenstand der Erörterung gewesen sind als die wirtschaftlichen und sozialen. Wird doch in gewissen Kreisen bereits gesprochen von einem selbständigen Staatsgebilde am Rhein mit eigener Steuerhoheit, selbständiger Verwaltung, eigenen Wirtschaftsgrenzen und eigener Währung.

Ja, man macht in diesen Kreisen bei den Erwägungen über den territorialen Umfang dieses neuen Staatsgebildes nicht einmal an den Grenzen des besetzten Gebietes halt, sondern trägt sich mit erheblich weitergehenden Plänen auf Einbeziehung jetzt noch unbesetzter preußischer und hessischer Gebietsteile.

Allen diesen Bestrebungen hat die preußische Staatsregierung bisher den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt. Sie wird sie auch in Zukunft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Dieses gilt auch für alle die Pläne, die darauf gerichtet sind, staatliche Hoheitsrechte auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens entgegen gesetzlichen und Verfassungsvorschriften für ad hoc zusammengesetzte Ausschüsse oder für aus diesen gebildete Körperschaften in Anspruch zu nehmen.

Nach wie vor bleibt das bestehen, was ich bereits in der Sitzung des Landtags vom 9. Oktober d. Js. erklärt habe, daß die preußische Landesregierung ihre Hoheitsrechte über die Rhein- und Ruhrlande niemals preisgeben werde.

Die Staatsregierung muß es daher auch ablehnen, einer staatsrechtlichen Aenderung, wie immer sie auch gestaltet sein mag, ausdrücklich oder stillschweigend zuzustimmen. Sie lehnt vielmehr jede territoriale Aenderung preußischen Gebiets und jede Beeinträchtigung preußischer Hoheitsrechte mit allem Nachdruck ab.

Wir sind uns wohl bewußt, daß wir es bei dieser Erklärung nicht bewenden lassen dürfen, und die Staatsregierung ist daher auch gewillt, diesen ihren Standpunkt mit der gebotenen Aktivität zur Geltung zu bringen. Sie wird insbesondere hinwirken auf die gleichmäßige Behandlung der Bevölkerung der besetzten und unbesetzten Teile des Staates auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete. Das wird sich allerdings nur durchführen lassen, wenn alle Einnahmequellen in allen Kreisen des Volkes und in allen Teilen unseres Landes bis aufs letzte ausgeschöpft werden.

Gewiß müssen die Mißstände, die sich auf dem Gebiete der Unterstützungen und Entschädigungen herausgebildet haben, abgestellt werden, und wenn es dann noch gelingt, worauf wir jetzt hoffen dürfen, die Wirtschaft allmählich in Gang zu bringen, dann dürfte es auch möglich sein, dem besetzten Gebiet auch auf sozialem Gebiete die Leistungen zu gewähren, die im unbesetzten Gebiet gewährt werden müssen und gewährt werden können.

Jedenfalls darf die Bevölkerung des besetzten Gebietes versichert sein, daß die Preußische Staatsregierung sich wohl bewußt ist der Pflichten auf wirtschaftlichem Gebiete, die ihr aus der Geltendmachung und Aufrechterhaltung ihrer Hoheitsrechte erwachsen.

*

283. Sitzung.

NDZ. **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt:

Große Aussprache über die Notlage des Volkes.

Die vorliegenden Anträge fordern Maßnahmen zur Linderung der Not durch Volksspeisungen, Zuführung von Brennmaterial, Fleisch- und Fettversorgung, Hergabe von Nährmitteln für Kinder, Unterstützungsempfänger usw. Ferner Maßnahmen gegen Wucher, Aufkäuferunwesen, Brandstiftungen, Plünderungen auf dem Lande, ferner Erwerbslosenunterstützungen im besetzten Gebiet sowie steuerliche Maßnahmen für kinderreiche Familien.

Die Aussprache, an der sich die Abg. **Buchwitz** (S.), Frau **Weber** (Z.), v. d. **Osten** (DN.), **Engelbrecht** (DV.) und **Schultz** (Komm.) beteiligten, wurde noch nicht zu Ende geführt, sondern soll morgen fortgesetzt werden.

Ein Wahlantrag im Landtag.

bb **Berlin**, 6. Dez. (Privattel.) Die Deutschnationalen haben im preußischen Landtag folgenden Antrag gestellt: Für den Fall, daß in den nächsten Monaten Reichstagsneuwahlen stattfinden, hat am gleichen Tage die Neuwahl des Landtages und der Gemeindevertretungen in den preußischen Stadt- und Landgemeinden sowie der Kreis- und Provinzialvertretungen stattzufinden.

Politische Umschau

Vorläufige Zurückstellung des Reichsschulgesetzes.

bb **Berlin**, 6. Dez. Im Reichstagsausschuß für Bildungswesen gab Staatssekretär Schulz (Reichsministerium des Innern) die Erklärung ab, daß der neue Reichsminister des Innern und das neue Kabinett zu der weiteren Behandlung des Entwurfs eines Reichsschulgesetzes noch nicht Stellung genommen hätten. Der Reichsfinanzminister habe den Entwurf als solchen bezeichnet, der wegen seiner finanziellen Rückwirkung und angesichts der Finanzlage des Reiches nicht weiter zu verfolgen sei. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß bei der augenblicklichen Lage eine Weiterberatung des Reichsschulgesetzes zurzeit nicht möglich sei. Die Stellung der Parteien sei unverändert. Eine Mehrheit für alsbaldige Beratung des Gesetzentwurfs bestehe nicht.

Warenkredit für Lettland.

wtb **Berlin**, 5. Dez. Die Telegraphenagentur Wupo brachte am 4. Dezember ein Telegramm aus Riga, wonach die deutsche Regierung Lettland ein neues Warenkreditangebot gemacht habe. Das Angebot soll eine Vervierfachung der früheren Angebote bedeuten, indem es bis auf 75 Millionen Goldmark heraufgeht. — Wie wir von zuständiger Seite hierzu erfahren, ist diese Nachricht in mehreren Punkten irreführend. Insbesondere handelt es sich nicht um einen Kredit der deutschen Regierung, sondern um einen solchen der Privatindustrie, der in gewisser Beziehung den kürzlich von englischer und schwedischer Seite gemachten Angeboten ähnelt. Die deutsche Regierung ist an dem Kredit allerdings beteiligt, indem sie sich insbesondere entsprechend dem Abkommen vom 15. Juli 1922 bemüht hat, die deutschen Firmen zur Lieferung von Waren auf Kredit an Lettland zu bewegen. Auch hat sie an dem Zustandekommen der Angelegenheit Interesse, daß dadurch die seit langem zwischen den beiden Staaten schwebenen Abrechnungsverhandlungen über die beiderseitigen Forderungen aus der Kriegszeit vielleicht einer Lösung zugeführt werden können.

Italienische Wünsche für Deutschland.

bb **Berlin**, 6. Dez. Die italienischen Popolari (Zentrum) haben an den Reichskanzler Marx ein Telegramm gerichtet, in dem der Wunsch geäußert wird, es möge Marx mit Hilfe Gottes gelingen, die harte und schmerzliche Lage der deutschen Nation zu lindern und die Beilegung des Streites zu beschleunigen, damit Europa seinen dauernden Frieden finde.

Rhein und Ruhr.

Matthes gegen Dorten.

wtb **Paris**, 6. Dez. (Tel.) Havas meldet aus Düsseldorf, Matthes habe an den französischen Oberkommissar Tirard einen Brief gerichtet, in dem er gegen die Errichtung des vorläufigen Regimes unter Leitung von Dorten in Ems Einspruch erhebt. Als Vertreter der Liga der rheinisch-westfälischen Unabhängigkeit müsse er mitteilen, daß die Regierung Dorten nicht anerkannt sei und daß jeder Versuch, seinerseits zu regieren, mit allen Mitteln bekämpft werde. „Wir zählen auf Ihre Neutralität, um uns nach dieser Richtung freie Hand zu lassen", so schreibt Matthes dem französischen Delegierten. Matthes behauptet auch, er schreibe für seine Liga, die 500 000 Anhänger im besetzten Gebiet habe. Er habe die de facto-Macht und das Recht gehabt, die Regierung in Koblenz aufzulösen und behalte sich das Recht vor, sie wieder zu errichten, wenn er es für opportun und nötig halte, was augenblicklich nicht der Fall sei.

Arbeitsfragen.

Achtstundenschicht unter Tage.

bb **Berlin**, 6. Dez. Nach einer Meldung der Voss. Zeitung aus Essen ist gestern auf einer Reihe von Ruhrzechen, die eine kleine Zahl von Arbeitern wieder eingestellt haben, die Achtstundenschicht unter Tage durchgeführt worden.

Arbeitszeit und Metallarbeiterverband.

* **Essen**, 5. Dez. Eine Funktionärversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen nahm bezüglich der Arbeitszeitverlängerung folgende Entschließung an: Der Achtstundentag und die dreifache Schicht in den Hütten- und Walzwerken ist grundsätzlich aufrechtzuerhalten. Um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, können natürlich Ueberstunden vereinbart werden. Grundsatz müsse sein, daß zunächst die Entlassenen wieder eingestellt, die Kündigungen zurückgenommen und die normale Arbeitszeit hergestellt werde. Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes verpflichten sich, die Bedingungen der Arbeitgeber, die eine Durchbrechung des Achtstundentages oder Aufhebung der dreifachen Schicht vorsehen, nicht anzuerkennen.

Klage gegen Massenkündigung.

* **Köln**, 6. Dez. (Privattel.) Die Köln. Volksztg. berichtet aus dem Ruhrgebiet: Der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum, das sozialdemokratische Institut des Ruhrbergbaues, hatte mit dem 15. Nov. sämtlichen Angestellten und Beamten gekündigt, wie das auch seitens der Zechen geschehen war. Die Organisation der Knappschaftsbeamten hatte darauf beim Kaufmannsgericht Klage angestrengt, das dahin entschieden hat, daß die Massenkündigungen am 15. Nov. auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen rechtsunwirksam seien.

Wertbeständige Grenze der Krankenversicherung.

wtb **Berlin**, 5. Dez. Die Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung wurde auf Goldmark festgesetzt und zwar beträgt sie mit Wirkung vom 1. Dezember 150 Goldmark pro Monat. Bis zu dieser Verdienstgrenze ist auch die freiwillige Versicherung zugelassen.

Beamtenabbau und Arbeitszeit.

bb **Berlin**, 5. Dez. Im Reichsministerium des Innern fanden gestern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Falk Besprechungen über die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten statt, wie sie das Kabinett im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes plant. An der Konferenz nahmen die Spitzenorganisationen der Beamten ohne Ausnahme teil.

Der Vertreter der Regierung gab in längeren Erläuterungen die Absicht der Regierung bekannt und legte die Richtlinien vor, die für die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten entworfen worden sind. Er begründete die Maßnahme der Regierung vor allem mit den finanziellen Notwendigkeiten. Durch den Abbau der Beamtenschaft entstehe ein erhöhtes Maß von Arbeit für die zurückbleibenden Beamten, und dieses Maß von Arbeit müsse geleistet werden, ohne daß dem Staat daraus weitere Ausgaben erwachsen. Die Pflicht der Beamten, sei es, in diesen so schweren Zeiten den Staat mit der ganzen Kraft der Persönlichkeit zu unterstützen.

Von den Beamtenvertretern wurde erklärt, daß man sich mit der geplanten Verordnung der Regierung keineswegs einverstanden erklären könne. Die Beamten seien ihrerseits bereit, Mehrarbeit zu leisten wenn dies vom Staat verlangt werde, da der Beamte seinerseits bereit sei, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten. Es gehe jedoch nicht an, daß man auf dem Wege der Verordnung hier in einer Weise eingreife, wie man das beim Beamtenabbau und bei der Aenderung der Besoldung getan habe. Die Beamten müßten verlangen, daß die Erhöhung der Arbeitszeit durch Gesetz geregelt werde. Eine gesetzliche Abänderung werde man ohne weiteres anerkennen, doch wünsche man, daß bei der Beratung des Gesetzes die Beamtenschaft die Möglichkeit habe, auch ihrerseits ihre wohlerworbenen Rechte zu vertreten, die bereits zu wiederholten Malen von der Regierung außer Kraft gesetzt worden seien. Es gehe nicht an, daß man das Beamtentum Stück für Stück abbaue. Die Erhöhung der Arbeitszeit stehe in innigstem Zusammenhang mit dem Beamtenabbau und mit dem Arbeitszeitgesetz sowie mit der Besoldungsfrage. **Nur wenn der ganze Komplex dieses Problems einheitlich behandelt werde, könne etwas Ersprießliches geschaffen werden.** Es wurde von allen Organisationen eine dahinlautende Erklärung der Regierung übermittelt.

In den nächsten Tagen sollen noch einmal im Ministerium des Innern Besprechung über diese Angelegenheit stattfinden. Vorher wollen die Beamtenorganisationen ihrerseits Stellung nehmen und in der nächsten Sitzung eine gemeinschaftliche Erklärung abgeben.

bb **Berlin**, 6. Dez. (Privattel.) Heute sollten im Reichsministerium des Innern weitere Besprechungen über die Verlängerung der Arbeitszeit für Beamten stattfinden. Sie werden sich jedoch um wenige Tage verzögern, weil das Ministerium zunächst die endgültige Auffassung der Beamtenvertretungen zur Kenntnis nehmen will. Heute nachmittag treten die Gewerkschaftsorganisationen zusammen, um zu der Frage Stellung zu nehmen.

Die Teuerungsunruhen.

Ansammlungen in Elberfeld.

wtb **Elberfeld**, 6. Dez. Für gestern hatten die Erwerbslosen wiederum eine Kundgebung geplant. Man wollte abermals von der „Grenze" aus in die Stadt marschieren und hatte die Parole ausgegeben, die sich in den Weg stellende Schutzpolizei zu überrennen. Die Demonstration nahm jedoch einen harmlosen Verlauf. Die Schupo empfing am Rande der Stadt die Demonstranten und ließ die Leute im einzelnen passieren, nachdem sie auf Waffen durchsucht worden waren. In der Gegend des Rathauses kam es abends wiederholt zu Ansammlungen, die von der Polizei leicht zerstreut wurden. Zu Ausschreitungen und Plünderungen ist es gestern nicht mehr gekommen.

Plünderungen in Köln.

wtb **Köln**, 6. Dez. Vor dem Regierungs- und dem Eisenbahndirektionsgebäude sammelten sich heute vormittag größere Mengen von Eisenbahnarbeitern an, die wegen ungenügender Bezahlung protestierten. Der Protestkundgebung schlossen sich auch Erwerbslose an. Als sich die Menge zerstreute, kam es im Laufe des Vormittags zu Plünderungen von Geschäften, so wurde u. a. das Herrenkonfektionsgeschäft von Josef Michels in der Ehrenstraße heimgesucht, wo von beiden Seiten die 16 Schaufenster des Geschäfts mit gefüllten Flaschen und anderen Gegenständen eingeschlagen und sämtliche ausgestellten Kleidungsstücke geraubt wurden. Einzelheiten über die anderen Plünderungen liegen noch nicht vor.

Wie die Rheinische Zeitung zu der Demonstration berichtet, hatte die Arbeiterschaft der Eisenbahnhauptwerkstätte Nippes heute morgen den Betrieb stillgelegt und war in einem riesigen Zuge durch die Stadt vor die Sitze der in Frage kommenden Behörden gezogen. Auch der Güterbahnhof Gereon hatte sich angeschlossen. Vor dem Gebäude der Regierung in der Zeughausstraße ballte sich gegen Mittag eine nach Zehntausenden zählende Menge demonstrierender Eisenbahner, Arbeiter und Beamten, zusammen. Eine Kommission der Demonstranten verhandelte, während die Menge ruhig und geordnet draußen wartete, im Regierungsgebäude mit den Regierungsvertretern. Der Umzug selbst ist in voller Ruhe verlaufen.

Blutige Zusammenstöße in Wanne.

* **Gelsenkirchen**, 5. Dez. In dem benachbarten Wanne kam es heute mittag zu blutigen Zusammenstößen. Zu vielen Tausenden demonstrierten die Erwerbslosen vor dem Amtshaus, um eine höhere Geldauszahlung zu erzwingen. Gegen Mittag rückten neue Trupps Erwerbsloser aus der Umgegend an. Die wenigen Polizeibeamten, die die Eingänge des Amtshauses schützten, waren nicht imstande, den Vordringen standzuhalten. Aus der Menge wurde mit Steinen geworfen und auch mehrere Schüsse auf die Beamten abgegeben, die schließlich von der Schußwaffe Gebrauch machten. Neun Demonstranten wurden getötet, dreißig schwer verwundet. Auf Seiten der Polizei waren drei Schwerverletzte zu verzeichnen. Gegen 1 Uhr rückte die französische Besatzung in starken Abteilungen an und stellte die Ruhe wieder her.

Plünderungen in Wolfenbüttel.

wtb **Braunschweig**, 6. Dez. (Tel.) Am Dienstagabend kam es in Wolfenbüttel zu größeren Erwerbslosendemonstrationen. Mehrere Geschäftshäuser wurden schwer heimgesucht. Es gelang der Stadtpolizei, allmählich die Ruhe wieder herzustellen. — Am Mittwoch sammelten sich auf dem Stadtmarkte wieder größere Menschenmengen an. Erst der herbeigerufenen Braunschweiger Schutzpolizei gelang es, die Ansammlungen zu zerstreuen. Etwa 40 Personen wurden verhaftet.

Aus Nah u. Fern.

Die K. Z. erscheint wieder.

wtb **Köln**, 6. Dez. (Tel.) Das über die Kölnische Zeitung verhängte Verbot ist mit dem heutigen Tage abgelaufen. Die Köln. Zeitung wird daher heute wieder erscheinen.

Senkung der Viehpreise.

wtb **Köln**, 6. Dez. (Tel.) Die jüngsten Viehmärkte in Köln und Dortmund haben eine Senkung der Schweinepreise um 50—60 Prozent gegenüber der Vorwoche und auch einen ganz erheblichen Abbau der Preise für Rinder, Kälber und Schafe gebracht. An den Plätzen, wo wertbeständiges Geld am meisten umläuft, war die Preissenkung am stärksten.

Mühlenbrand.

wtb **Hamburg**, 6. Dez. (Tel.) Die Hammerbrooker Reismühle wurde letzte Nacht wiederum von einem großen Brande heimgesucht. Der Feuerwehr gelang es, die Mühle selbst zu schützen. Ein umfangreicher Lagerschuppen, worin rund 10 000 Säcke Futtermittel bezw. Reis lagerten, ist niedergebrannt. Ein Teil der Vorräte konnte gerettet werden. Das Feuer ist vermutlich durch Unvorsichtigkeit entstanden.

Ausgrabung englischer Soldaten.

wtb **Braunschweig**, 6. Dez. (Tel.) In Seesen, Goslar und anderen umliegenden Orten werden seit einigen Tagen englische Soldatengräber durch englische Militär- und Zivilmissionen ausgegraben. Wie verlautet, sollen die hier während des Krieges bestatteten englischen Soldaten auf den gemeinsamen Friedhof bei Kassel überführt werden, soweit nicht eine Ueberführung nach England erfolgt.

Eisenbahnräuber festgenommen.

wtb **Berlin**, 6. Dez. (Tel.) Von der Polizei wurden mehrere auf dem Verschiebebahnhof Rummelsburg arbeitende Rangierer als Mitglieder einer Diebesbande entlarvt. Im ganzen wurden 12 Personen festgenommen, darunter die zwei Rangiermeister Schmidt und Januschke. Sie betrieben die Beraubung von Eisenbahngütern schon lange.

„HEN-SCHU-Kautabak"

Zum Geleit.

Das Unglück vieler Menschen ist ein falscher erborgter Glanz, der ebenso dem Geldbeutel wie der Würde des Menschen und seinem guten Gewissen Eintrag tut.

*

Die Kunst, reich zu werden, besteht teils im fleißigen Erwerben, teils im vernünftigen Verbrauchen von Gütern.

* * *

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 7. Dezember 1923.

Westfälische Großhandelspreise für Lebensmittel.

Am Freitag voriger Woche fand beim Oberpräsidenten eine Sitzung statt, in der eine Notierungskommission gewählt wurde, die jeden Montag und Donnerstag die Richtpreise für Lebensmittel für den unbesetzten Teil der Provinz Westfalen festsetzt. Die Kommission ist zusammengesetzt aus zwei Vertretern des Lebensmittelgroßhandels, zwei des Lebensmittelkleinhandels, einem Vertreter der Verbraucherschaft. Den Behördenvertreter stellt die Preisprüfungsstelle. Erstmalig trat die neugebildete Kommission am Samstag, den 1. Dezember in Tätigkeit.

Die dort festgesetzten Richtpreise, die als Anhaltspunkte für das unbesetzte Westfalen gelten sollen, sind auf Grund tatsächlich abgeschlossener Geschäfte bezw. Originalofferten notiert. Sie setzten sich folgendermaßen zusammen: 1. Fakturenpreise des Importeurs pp., 2. Fracht, 3. Rollgeld, 4. Handelsspanne des Großhändlers, Umsatzsteuer.

Hinsichtlich der Handelsspanne sind die Waren wegen der großen Unterschiede in den Unkosten in fünf verschiedene Gruppen eingeteilt, in denen die Handelsspanne jeweils verschieden ist, und zwar:

Gruppe 1: Inländische Mühlenfabrikate, Rüböl, inländische Hülsenfrüchte = 22 Prozent;

Gruppe 2: Ausländische Hülsenfrüchte, Reis, Heringe = 24 Prozent.

Gruppe 3: Getrocknete Früchte = 37 Prozent;

Gruppe 4: Kaffee, Tee = 35 Prozent;

Gruppe 5: Originalschmalz, Speck, Cornedbeef, Margarine = 18 ½ Prozent.

Die nachstehend mitgeteilten Preise verstehen sich in Rentenmark für 50 Kilogramm in Originalpackung ab Lager des Großhändlers in Münster. In Klammer ist der mit dem Goldmarkmittelkurs zu vervielfältigende Papiermarkkurs angegeben:

1. Gerstengraupen 26,50—27,50 (33), 2. Haferflocken 24,50—25,50 (33), 3. Kochstärke 27—28 (36), 4. Roggenmehl 01—, 5. Weichen Weizengries 32 bis 33 (42), 6. Hartgries —, 7. 70proz. Weizenmehl —, 8. dito Auszugsmehl —, 9. Viktoria-Erbsen 45,00—46,50 (60), 10. grüne Erbsen 45,00 bis 46,50 (60);

11. Bohnen, weiße, 33—34 (44), 12. Linsen, große, —, 13. Rüböl 72—73 (95), 14. Salatöl —, 15. deutscher Perlsago 34—35 (45), 16. Maccaroni, lose, 62—63 (80), 17. Schnittnudeln 40—41 (52), 18. Burmareis 2 ung. 23,50—24,50 (32), 19. Siam-Patna-Reis —, 20. grober Buchreis 19,20 (26);

21. Ringäpfel amerik. —, 22. Pflaumen sachs. 40—41 (52), 23. Korinthen in Kisten —, 24. Rosinen, Eleme 60—63 (82), 25. Sultana-Rosinen 85 bis 90 (115), 26. Santos-Kaffee 1*) 195—205 (300), 27. Santos-Kaffee 2*) 165—175 (260), 28. fein. blauer Kaffee *) —, 29. Malzkaffee, Kathr. usw. —, (66), 30. Kornkaffee, Selig usw. — (55);

31. Ersatzmisch., 20 Proz. 50, (100), 32. Kakaopulver 160—170 (200), 33. Tee in Kisten —, 34. Inlandszucker 45—50 (58), 35. Dito Raffinade 48—53 (56), 36. Kunsthonig —, 37. Marmelade 1 82—85 (110), 38. Marmelade, Vierfrucht, 60—70 (85), 39. Siedesalz in Säcken 5,75 (7,50), 40. Steinsalz in Säcken 3,35 (4,45);

41. Purelard-Schmalz — (86), 42. Margarine, handelsüblich — (65,10), 43. Margarine, Spez.-Marke, 20—30 Proz. mehr, 44. Cornedbeef p. Kiste 36—37 (40—45), 45. Speck, gesalz. — (76), 46. Holländer vollfett —, 47. Holländer halbfett —, 48. Norw. Her. 7—800 je To. 33—35 (46,50), 49. Ed. Her. 750—850 je To. 65—71 (90), 50. Zündh. 100 Pak. 31—35 (45).

*) gebrannt 30 Proz. mehr.

—* **Falsches Papiergeld.** Es hat sich herausgestellt, daß von dem Notgeld des Landkreises Hörde Falschscheine im Umlauf sind. Es handelt sich um 1 Billionen-Scheine. Die Fälschung ist derart plump, daß sie sofort erkannt werden kann. Die Unterschriften sind undeutlich und mittelst Farbe und Tinte nachgezogen. Es liegt in aller Interesse, daß beim evtl. Vorzeigen dieser Falsifikate, der Polizei Mitteilung gemacht wird.

—* **Amtliche Entwertung.** Die Postwertzeichen wurden in den letzten fünf Tagen des Novembers zum vierfachen Nennbetrag verkauft. Am 1. Dezember erklärte die Postverwaltung, daß sie nur noch zum Nennbetrag gelten. Auch ohne daß man auf Vorrat oder gar Spekulation Marken kauft, läßt sich der Bedarf nicht immer so genau berechnen, daß nicht einzelne Marken übrig bleiben, deren Wert plötzlich nur den vierten Teil betragen soll! Was würde geschehen, wenn ein Geschäftsmann Freitag abend um 7 Uhr Gutscheine ausgeben wollte, und Sonnabend früh um 8 Uhr erklären würde, sie gelten nur noch den vierten Teil?

—* **Die Umstellung des Postscheckverkehrs.** Die Umstellung auf Rentenmark bringt insofern eine Enttäuschung, als sie nicht, wie erst angekündigt, am 5. Dezember, sondern erst Mitte des Monats stattfindet. Wenn auch die Verordnung des Reichspräsidenten sich auf den berüchtigten Artikel 48 der Reichsverfassung bezieht und durch den Postscheckverkehr die öffentliche Sicherheit u. Ordnung kaum erheblich gestört und gefährdet werden dürfte, so wird doch kaum jemand die Rechtlichkeit der Verordnung anfechten. Zahlkarten und Papiermark werden schon vom 13. Dezember an nicht mehr angenommen, aber auch zu Rentenmark erst vom 17. Dezember an gutgeschrieben. Nachnahmesendungen und Postaufträge müssen schon vom 12. an auf Rentenmark lauten. Ueberweisungen und Schecks auf Papiermark müssen bis zum 13. Dezember mittags bei den Scheckämtern vorliegen. Am 14. und 15. wird umgestellt. Am 15. bleiben die Zahlstellen der Scheckämter geschlossen. Der Verkehr auf den Rentenmarkkonten wird am 17. aufgenommen. Umgerechnet wird am 14. Wer dies nicht wünscht, muß es dem Scheckamt bis zum 11. mitteilen. Die Stammeinlage beträgt fünf Rentenmark. Wird diese nicht erreicht, so kann man sie binnen vier Wochen auffüllen.

—* **Eine Marke zu 100 Billionen** stellt jetzt die Reichsdruckerei unmittelbar vor der Rückkehr zur Pfennigrechnung her. Es ist dies eine Marke zur Entrichtung der Wechselsteuer. Gleichzeitig kommen solche zu 5, 10 und 50 Billionen zur Ausgabe. Die neuen Marken entsprechen der Marke zu 1 Billion. Der Wert ist aber mit Ausnahme des Wortes Billionen in Zahlen angegeben. Für die Börsenumsatzsteuer gibt es neue Marken zu 5 und 10 Billionen in dem Bilde der bisherigen. Die Kapitalverkehrssteuer wird gleichzeitig bei Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung auf mindestens 2 Billionen Mark, im übrigen auf mindestens 1 Milliarde Mark erhöht. Sonst beträgt die Steuer mindestens 1 Milliarde Mark. Höhere Beträge werden auf volle Milliarden abgerundet. Die Wechselsteuer beträgt jetzt mindestens 100 Milliarden. Höhere Beträge werden hier auf volle 100 Milliarden abgerundet.

—* **Personalabbau auch bei den Krankenkassen.** Ein Personalabbau findet auch bei den Krankenkassen statt. Die Beamten und Angestellten der Kassen und Verbände können, soweit sie ein Anrecht auf Ruhegehalt haben, auch gegen ihren Willen an einer anderen Stelle verwendet werden, behalten aber ihre bisherige Amtsbezeichnung und das Diensteinkommen. Wenn sie das 65. Lebensjahr vollenden, treten sie in den Ruhestand, solche, die schon so alt sind, am 30. November. Das Oberversicherungsamt kann aus dringenden dienstlichen Rücksichten Ausnahmen zulassen. Mit 58 Jahren und einer ruhegehaltsfähigen Dienstzeit von mindestens 10 Jahren können sie ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden, wenn ihr Ausscheiden im Interesse des Personalabbaues liegt. Angestellte, die kein Anrecht auf Ruhegehalt haben, kann spätestens am ersten Werktage eines Monats zum Monatsende gekündigt werden. Entgegenstehende Anstellungsbedingungen treten außer Kraft.

—* **Goldstrafen in Kraft.** Die Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen in Gold ist jetzt verkündet, so daß sie am 7. Dezember in Kraft tritt. Außer bei Verbrechen, Vergehen oder Uebertretungen, insbesondere bei Zwangsstrafen und Ordnungsstrafen, werden jetzt 1—1000 ℳ angedroht. Auch das Strafgesetzbuch wird dahin geändert, daß die Grenze bei Uebertretungen durch eine Geldstrafe bis zu 150 ℳ gebildet wird.

—* **Tierfrachtbrief.** Einen Tierfrachtbrief hat die Reichsbahn mit dem 1. Dezember eingeführt. Das neue Frachtbriefmuster für Tiersendungen ist 420 × 297 mm groß. Auf der Vorder- und Rückseite ist es am oberen und unteren Rande mit einem grünen Streifen versehen. Der Tierfrachtbrief wird dem Empfänger gegen Bescheinigung über den Empfang der Sendung ausgehändigt. Bei einer Verpackung in Käfigen, Kisten, Körben, Säcken oder anderen Behältern sind Tiere mit Eilfrachtbrief aufzuliefern.

*

—* Holzen Einbruchsdiebstahl In der letzten Nacht haben Spitzbuben dem Kolonialwarengeschäft von Kipper am Rosenweg einen Besuch abgestattet Die Spitzbuben sind, nachdem sie ein Fenster eingedrückt, in den Laden eingedrungen und haben unter den Warenvorräten gründlich Umschau gehalten, sodaß dem Bestohlenen ein großer Schaden entstanden ist. Ein an dem Tatort gebrachter Polizeihund hat zwar eine Spur eine zeitlang verfolgt, doch hat man die frechen Diebe bis jetzt noch nicht ermitteln können.

Aus den Provinzen.

Hagen. Preissenkung in Backwaren. Eine bemerkenswerte Preissenkung erfuhren die Backwaren. Die Bäckerinnung ermäßigte die Preise für Brötchen von 40 auf 30 Milliarden, Weizenmehl von 400 auf 300, helles Graubrot 2 Pfd. von 650 auf 550, dunkles Graubrot 3 Pfd. von 700 auf 650, Schwarzbrot von 650 auf 620 und Zwieback von 1000 auf 800 Milliarden Mark. Der Preisrückgang wäre noch stärker in die Erscheinung getreten, hätte nicht die Bäckerinnung im Hinblick auf die allgemeine Notlage auf den in voriger Woche in Nachbarstädten durchgeführten Aufschlag verzichtet. Der Brötchenpreis hat jetzt den Stand der Vorkriegszeit erreicht unter Berücksichtigung der Tatsache, daß jetzt ein Brötchen 50 Gramm wiegt gegen etwa 35 Gramm früher.

Hagen. Vor einigen Tagen erkrankten in einem Hause in der Eckesenstraße kurz hintereinander zwei Frauen an Typhus. Der mit der Untersuchung beauftragte Kreisarzt ordnete die sofortige Aufnahme der Erkrankten in das Krankenhaus an, woselbst eine Frau inzwischen gestorben ist, während die andere sich auf dem Wege der Besserung befindet.

Hemer. Kinobrand. Im Vorführungsraum der Schauburg Hemer brach gestern nachmittag vermutlich durch Kurzschluß Feuer aus. Gerade sollte die Vorführung eines Lehrfilms für Jugendliche (Fortbildungsschüler) beginnen. Die Leerung des Saales erfolgte glatt in Anwesenheit der Lehrer, die für Ordnung sorgten. Der Vorführungsraum brannte aus. Der prachtvolle Film „Friedrich Schiller" wurde ein Raub der Flammen. Der Vorführer Richard Dumolus rettete sich rechtzeitig, sonst wäre er erstickt. Er trug Brandverletzungen an der Hand davon. Das Feuer konnte gelöscht werden, so daß die alarmierte Feuerwehr nicht einzugreifen brauchte. Den Kinobesitzer Wiese trifft ein empfindlicher Schaden.

Benninghausen. Der älteste Einwohner des Kirchspiels Benninghausen, der Aufseher a. D. Georg Daniel, ist im Alter von 91½ Jahren gestorben.

Buer. Nach einem Schreiben des päpstlichen Delegaten Monsignore Testa an das katholische Pfarramt, haben die über die Rückkehr unseres Stadtoberhauptes seit längerem geführten Verhandlungen einen günstigen Abschluß gefunden. Die Ausweisung des Oberbürgermeisters Zimmermann ist bereits aufgehoben, seine Rückkehr nach Buer dürfte schon in einigen Tagen zu erwarten sein. — Die gleiche Nachricht gelangte nach Osterfeld. Auch Bürgermeister Kellinghaus wird in den nächsten Tagen seine Amtstätigkeit wieder aufnehmen.

Bochum. Das außerordentliche Schwurgericht verurteilte den Bahnarbeiter Milewski aus Bochum wegen Aufruhrs zu 2 Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte hatte in den Maiunruhen vor dem Depot der Feuerwehr, welches damals von einer mehr als tausendköpfigen Menschenmenge, zum Teil mit Knütteln und Hackenstielen bewaffnet, belagert wurde, mehrere Hetzreden gehalten und die halbwüchsigen Burschen zum Steinbombardement gegen das Feuerwehrdepot aufgefordert.

Essen. In der Stadtverordnetenversammlung wurde mitgeteilt, daß 60 Prozent der Einwohner aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise unterstützt würden. Es sei der Stadtverwaltung aber unmöglich, für 20 000 Personen Volksküchen einzurichten. Vielfach seien Notleidende auf Anregung der Verwaltung von besser gestellten Bürgern mit Mittagessen versorgt worden. Leider aber treffe jetzt beim Wohlfahrtsamt die Nachricht ein, daß diese Speisungen wegen Beschlagnahme von Küchen und Zimmern durch die Besatzung nicht fortgesetzt werden könnten.

Westerholt. Ein schweres Unglück ereignete sich auf der Schachtanlage „Westerholt', auf der noch ein Teil der Belegschaft zur Förderung von Privatkohlen arbeitete. Durch Steinfall aus dem Hangenden wurden zwei Bergleute verschüttet. Kameraden und Rettungsmannschaften nahmen sofort die Rettungsarbeit auf.

Ibbenbüren. Schlafend hinausgefallen. Ein auf der Durchreise nach Oesterreich befindlicher Amerikaner ist in der Nähe der Lappenbecker Brücke aus dem Zuge gestürzt. Man fand ihn neben dem Bahnkörper mit schweren Kopfverletzungen und einem Schlüsselbeinbruch und brachte ihn zum Krankenhause in Ibbenbüren, wo sich sein Zustand etwas gebessert hat, so daß Aussicht auf Genesung besteht. Nähere Angaben konnte der Verunglückte jedoch nicht machen. Da der Aufgefundene seine Wertsachen und eine größere Summe in österreichischen Kronen bei sich führte, ist an ein Verbrechen wohl nicht zu denken. Er hat sich wahrscheinlich in schlaftrunkenem Zustand an der Tür geirrt.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

32] (Nachdruck verboten.)

8. Kapitel.

Die Leichenfeier in der Villa Jenssen war vorüber. Gebet und Segen des Geistlichen waren verklungen, und die kleine Trauerversammlung gab Raum für die in altväterische Kostüme gekleideten Träger, die sich mit gleichgültigen oder verdrossenen Mienen anschickten, den schweren, blumenbedeckten Sarg auf ihre Schultern zu heben.

Der Geistliche, der sich der schwierigen Aufgabe, dem Dahingeschiedenen eine würdige Leichenrede zu halten, mit einer Anzahl klingender Phrasen mühselig genug entledigt hatte, trat auf die von einem dichten, schwarzen Trauerschleier umwallte, leise schluchzende Braut des Verstorbenen zu, um ihr in üblicher Weise noch einige Worte persönlichen Beileids und sanften Trostes zu spenden; dann wandte auch er sich zum Gehen; denn er sollte ja noch am offenen Grabe seines Amtes walten, und auch für ihn stand draußen ein Wagen bereit. Langsam, mit feierlich ernsten Mienen, näherte sich von den Trauergästen einer nach dem anderen der Zurückbleibenden, um ein paar halbverständliche Worte „innigsten Mitgefühls" zu murmeln, wie die Sitte es nun einmal gebot. Für jeden hatte Luisa ein Neigen des schwarz verhüllten Hauptes und einen erstorben gehauchten Dank. Unter den halbgesenkten Lidern hervor aber suchten ihre Augen dabei beständig nur den einen, der noch immer an der Wand neben der Ausgangstür lehnte, wo er, abseits von den anderen, während der ganzen Trauerzeremonie gestanden hatte. Alle, die sich hier zusammengefunden hatten, wußten, wer er war; aber allen war er ein Fremder, und keiner hatte sich ein Herz gefaßt, auch ihm das herkömmliche Beileid auszudrücken. Der Ausdruck seines Gesichts mochte die guten Freunde und Bekannten des verblichenen Jens Jenssen davon abgehalten haben, sich gegen seinen einzigen Verwandten in freundnachbarlichen Redensarten zu ergehen. Sogar der Geistliche war wortlos an ihm vorübergeschritten, nachdem er einen unsicheren Blick auf dies unbewegte, ruhig stolze Männergesicht geworfen, dessen Träger es offenbar mit vollem Bewußtsein verschmähte, seine wahren Empfindungen hinter einer Maske erheuchelten Schmerzes zu verbergen.

Nun war auch der letzte über die Schwelle des schwarzausgeschlagenen, künstlich erhellten Gemaches atmend in das helle Tageslicht hinausgetreten, und jetzt endlich kam Bewegung in die reckenhaft hohe Gestalt des jungen Malers. Ruhigen Schrittes näherte er sich dem Stuhle, auf den Luisa Magnus niedergesunken war, und machte ihr eine kurze, gemessene Verbeugung.

„Mein Name ist Rodeck, und der Mann, den sie soeben hinausgetragen haben, war der Bruder meiner Mutter. Ich muß das zu meiner Legitimation vorausschicken, mein Fräulein, ehe ich frage, ob Sie geneigt sein würden, mir heute oder morgen eine kurze Unterredung zu bewilligen."

Kein Wort der Teilnahme. Die düstere Feierlichkeit des Ortes und des Augenblickes übten nicht den geringsten Einfluß auf die eisige Höflichkeit seiner Haltung und seines Benehmens. Wieder, wie bei ihrer ersten Begegnung draußen im Garten, sah er durch die dichten Maschen des Schleiergewebes den seltsamen Glanz der wunderbaren Frauenaugen, die fest und furchtlos auf sein Gesicht gerichtet waren, aber nicht für einen Moment hatte er sich durch sie in Verwirrung bringen lassen. Und wenn sie nicht die allergeringste Menschenkenntnis besessen hätte, darüber, daß dieser Mann ihr als ein Feind gegenüberstand, hätte die Brasilianerin wahrlich nicht im ungewissen sein können.

Luisa, die in den Mienen der Menschen schon zu lesen gewußt hatte, als sie beinahe noch ein Kind gewesen war, sah in Rodecks schönem, energischen Männergesicht wie in einem klaren Spiegel alles, was in der Seele des Sprechenden vorging, und sie war nicht so töricht, auch vor ihm eine Komödie des Schmerzes und der Gebrochenheit weiterzuspielen, die auf ihn doch nimmermehr den beabsichtigten Eindruck hätte hervorbringen können. Mit der Würde einer Königin erhob sie sich aus ihrem Stuhl, und ihre wundervolle, dunkle Stimme klang klar und ruhig durch den Raum.

„Ich bin selbstverständlich jederzeit bereit, Herr Rodeck, Sie im Hause meines Vaters zu empfangen. Aber, wenn ich einen Wunsch äußern darf, ist es der, daß Sie mir den beabsichtigten Besuch lieber heute als morgen machen — vorausgesetzt natürlich, daß es Ihnen nicht besondere Unbequemlichkeiten bereitet."

„Durchaus nicht! Ich werde mir also erlauben, pünktlich um vier Uhr nachmittags bei Ihnen zu erscheinen."

Sie verneigte sich zustimmend. Und mit einer kurzen Verbeugung nahm er Abschied, ohne daß noch ein einziges weiteres Wort zwischen ihnen gewechselt worden wäre. Lauschend blieb Luisa neben ihrem Stuhl stehen, bis ihr das dumpf hereinklingende Rollen der Wagen verriet, daß sich der Trauerzug in Bewegung gesetzt habe. Dann, indem sie mit einer energischen Handbewegung ihr Gesicht von dem lästigen Schleier befreite, verließ auch sie das Trauergemach, dessen beklemmende Atmosphäre ihr wie eine schwere Last auf der Brust gelegen hatte, und wandte sich an die schwarzgekleideten Dienstboten, die im Hintergrund der Diele flüsternd beieinander standen.

„Sorgen Sie dafür, daß im Speisezimmer die Verhüllungen von den Fenstern entfernt und sämtliche Flügel weit geöffnet werden. Im übrigen wünsche ich, daß auch weiterhin nichts im Hause angerührt werde. Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß die Villa mit allem, was sie enthält, nach dem letzten Willen des Herrn Jenssen mein Eigentum ist; aber das Testament, das diese Bestimmung ausspricht, wird erst morgen eröffnet werden. Und bis dahin möchte ich keinerlei Besitzrecht ausüben!"

Der Diener und die Mädchen hörten schweigend zu; aber es entging Luisa nicht, daß in ihrer Haltung mehr feindseliger Trotz, als achtungsvolle Ehrerbietung war.

Da sie durch ihre verschlossenen Mienen gereizt wurde, fügte sie nach kurzem Warten hinzu: „Auf keinen Fall jedoch wird die Villa in nächster Zeit bewohnt sein, und damit entfällt selbstverständlich auch die Notwendigkeit Ihrer weiteren Dienste. Sie werden für die vorzeitige Entlassung natürlich angemessen entschädigt werden, und es wird nur in Ihrem eigenen Interesse liegen, wenn Sie sich unverzüglich nach anderen Engagements umsehen!"

(Fortsetzung folgt.)

Spargrenzen.

Die französische Regierung bestreitet bekanntlich den guten Willen Deutschlands, die Reparationsbeträge zu bezahlen. Poincaré führt als Beweis dafür die Ausgaben für Kanäle, Schiffsbauten, Fürsorgezwecke, soziale Aufwendungen an, die seiner Ueberzeugung nach ganz oder teilweise unnötig seien, so daß wir nach Streichung dieser Ausgaben zahlungsfähig sein würden. So sagt der Mann, aber er gibt sich keine Mühe, sich zu vergewissern, ob die Dinge in Wahrheit so liegen, wie er behauptet.

Ausgaben sollen ihre Grenzen haben, Ersparnisse indessen nicht weniger; der Nachteil kann sonst größer werden, als der Nutzen aus dem ersparten Gelde ist. Wenn Kanalbauten unterbleiben, aus denen zahlreiche Arbeitslose ihre Ernährung ziehen, so müssen die Erwerbslosen ihre materielle Unterstützung erhalten. Es ist also besser, daß Kanäle gebaut werden, die Verdienst bringen, als daß Personen, die notgedrungen feiern müssen, untätig erhalten werden. Oder meint der Ministerpräsident Poincare in Paris etwa, wer nichts verdiene, der könne zusehen, wie er sich am Leben erhalte? Wenn er meint, daß die Arbeitslosen ohne Verdienst leben oder vielmehr verhungern können, wenn sie keine Nahrung haben, nur weil sie Deutsche sind, dann kann er allerdings deutsche Notstandsarbeiten für überflüssig erklären. Wer wird aber eine solche unmenschliche Behandlung von Deutschen billigen, nur weil es Deutsche sind?

Oder steht Poincaré auf dem Standpunkt, daß die deutschen Erwerbslosen für die Franzosen zu einem Hundelohn Kulidienste leisten sollen, damit sie hierdurch alle industrielle Konkurrenz niederzuschlagen vermögen? Das ist eine Anschauung, die nicht sehr viel humaner ist, als die erstere, und die beide nachdrücklich zu bekämpfen sind.

In Paris ist namentlich die großartige Gesetzgebung unsympathisch, die im Deutschen Reiche für die Zwecke der Sozialpolitik geschaffen worden ist. Warum? Das wissen die Franzosen wohl selbst nicht genau, denn sie nehmen doch den Ruf für sich in Anspruch, in allen modernen Ideen bahnbrechend zu sein. Vielleicht ist es nur deshalb der Fall, weil die Sozialpolitik dem französischen Bourgeois nicht recht paßt, möglicherweise sind aber auch deshalb in Frankreich nur so schwache sozialpolitische Ansätze vorhanden, weil diese Gesetzgebung von Deutschland ihren Anfang nahm und weil alles Deutsche an der Seine unbeliebt ist. Wie segensreich aber diese Gesetzgebung indessen nicht allein für die deutsche Arbeiterschaft, sondern auch für die Arbeiter der Welt gewesen ist, darüber ist man im Westen fortgegangen. Die aufgewendeten Summen haben Zinsen im reichsten Maße eingetragen.

Es wird wohl noch eine Reihe von Jahren andauern, bis sich die Folgen dieser Sozialpolitik nach allen Seiten hin ausgewirkt haben werden. Bei uns ist das schon geschehen, denn keine von unseren politischen Parteien will etwas davon wissen, daß das Prinzip dieser Gesetze eingeschränkt oder beseitigt wird. Poincare aber behauptet, die Kosten der sozialen Politik könnten gespart werden, weil sie in Deutschland betrieben wird. Hervorragender Jurist, der er ist, vergißt er ganz, daß die deutschen Arbeiter durch die langjährigen Beiträge wohlerworbene Rechte an sich gebracht haben, die durch alle Deklamationen nicht zu beseitigen sind.

Erdbebenerscheinungen.

Flutwellen.

Wie bei allen Erdbeben in Küstengebieten hat auch bei dem jetzt in Japan stattgefundenen ein unheimlicher Einbruch der See seine furchtbare Zerstörungswut betätigt. Ein solcher Einbruch ist in seinen Begleiterscheinungen so schrecklich, daß er auch das Herz eines an alle Tücken des Ozeans gewöhnten Seebären erbeben läßt. Das erste Anzeichen des Einbrechens der gefürchteten Flutwelle bildet das Zurücktreten der See von der Küste. Die Grenzen dieses Zurückflutens sind verschieden. Zuweilen aber hat man beobachtet, daß die See bis auf 1½ Kilometer von der Küste zurücktritt. Auch die Zeit, die zwischen dem Zurücktreten der See und der Ankunft der gefürchteten Flutwelle vergeht, schwankt. Es dauert mitunter eine halbe Stunde und darüber, bis die Flut zurückkommt, aber man hat auch erlebt, daß die unglücklichen Bewohner der von Erdbeben heimgesuchten Küstengebiete schon im Verlaufe weniger Minuten von der Flutwelle überrascht wurden.

Was die Höhe dieser Wellen anbetrifft, so kann man auf Grund der Erfahrung feststellen, daß sie im allgemeinen 30 Meter nicht übersteigen, aber auch die nur 25 Meter hohe Flutwelle, die nach dem Erdbeben von 1755 Lissabon überschwemmte, reichte hin, um 50 000 Menschen zu vernichten. Die hier erwähnten Höhen können aber nicht als Höchstgrenzen gelten, denn man schätzt beispielsweise die Höhe der Flutwelle, die im Jahre 1737 bei Kap Lopatka das Land überschwemmte, auf etwa 70 Meter. Bezeichnend für die Gewalt dieser zerstörenden Flutmassen ist die uns überlieferte Erzählung eines englischen Kapitäns, der sich im Jahres 1846 eines Erlebnisses rühmen durfte, wie es nur wenigen Seeleuten beschieden sein mag. Er befand sich 1846 mit seinem Schiff auf der Höhe der Insel Raritonga im Stillen Ozean, als sich ein Sturm erhob und eine furchtbare Welle aufwühlte, die die Insel im Sturz überflutete und beim Zurückprall das in der Fahrt befindliche Schiff in die Höhe hob und weit in das Inselland hineinschleuderte. Niemand hat zwar die Höhe dieser Welle gemessen, aber der Kapitän berichtete, daß er auf der Höhe der Sturzwelle das Knirschen der Palmenbäume, deren Wipfel den Kiel des Schiffes scheuerten, gehört habe.

50 Jahre kirchliche Statistik.

Ein goldenes Jubiläum feiert in diesem Jahre „Das kirchliche Jahrbuch für die evangelischen Landeskirchen Deutschlands" Ein arbeitsüberhäufter Diasporapfarrer, Robert Schneider in Bad Lippspringe, begründete es, um in einem besonderen Werk einen Querschnitt zu bieten durch die kirchliche Jahresarbeit auf allen Gebieten ihrer Betätigung Der Sohn hat das am Todestage des Vaters gegebene Versprechen erfüllt und das Jahrbuch trotz aller Schwierigkeiten nunmehr 30 Jahre weiter ausgegeben Wer diese Jahrgänge nicht nur durchblättert, sondern aufmerksam durcharbeitet, weiß welche Fülle von zerstreutem Material in jedem Bande mit unermüdlichem Fleiß und großer Umsicht verarbeitet ist. Nach jahrelanger Zurückhaltung der kirchlichen Behörden wurde seine hohe Bedeutung von diesen anerkannt; das Werk wurde erweitert, neue Mitarbeiter gewonnen und ist nun ein „unentbehrliches Stück der kirchlich-theologischen Jahresproduktion" geworden. Die kirchlichen Behörden, die Vertreter der theologischen Wissenschaft, der Pfarrerstand, die Verbände der kirchlichen Wohlfahrtspflege und vor allem die Auslandspfarrer und die Vertreter des außerdeutschen Protestantismus, sie alle sind seine Freunde und Förderer In der bisherigen bewährten Einteilung bietet der 50 Jahrgang zunächst Nachrichten aus der 50 jährigen Geschichte des Kirchlichen Jahrbuchs und behandelt dann besonders Gemeinde und Gemeindeorganisation, kirchliche Statistik, Innere Mission, Heidenmission, Auslandsdeutschtum, Vereine, Kirche und Schule, kirchliche Zeitlage und Totenschau. — Nach jahrelangem Kämpfen ist dem Jahrbuch und seinem zweiten Herausgeber auch der Dank der Wissenschaft und der organisierten Kirche zuteil geworden Die theologische Fakultät der Universität Greifswald verlieh dem verdienstvollen Herausgeber vor 6 Jahren die Würde eines „Doktors der Theologie„; ihr ist darum der 50. Jahrgang gewidmet anstelle eines von D. Schneider beabsichtigten, aber durch die Zeitumstände noch nicht ausgeführten Werkes: „Kirchliche Statistik"; der Deutsche Kirchenausschuß machte ihn zum Leiter seines Statistischen Amtes; auch wurde er gleichzeitig Honorar-Professor in der Theologischen Fakultät der Universität Berlin. Möchte es dem Herausgeber vergönnt sein, sich weiter an der Entwicklung seines Lebenswerkes zu erfreuen und möchte das in dem Verlage von C Bertelsmann in Gütersloh erscheinende Jahrbuch auch in Zukunft bleiben, was es 50 Jahre hindurch gewesen ist, ein Band, das die deutschen evangelischen Kirchen unter sich und die Gemeinschaften in Uebersee mit dem Heimatland der Reformation verbindet.

Aus aller Welt.

— **Ein Fall von Telepathie.** In Verbindung mit dem Tode des Arader Fabrikanten Markus Weiß in Budapest hatte, wie aus Arad gemeldet wird, sein sich in Arad aufhaltender Sohn eine sonderbare Erscheinung. Der Fabrikant starb an den Folgen einer Operation um 3,30 Uhr morgens. Ebenfalls um 3,30 Uhr morgens erwachte sein Sohn Ludwig Weiß, da er einen erstickenden Chloroformgeruch verspürte, der sein Schlafzimmer erfüllte Die Luft des Zimmers wurde von dem Geruch so schwer, daß Weiß aufstand um das Fenster zu öffnen. In demselben Zimmer schlief aber noch jemand, der von dem kalten Luftzug erwachte und Weiß fragte, was er tue Weiß fragte aufgeregt, ob den der Schlafgenosse den drückenden Chloroformgeruch nicht fühle? Die Luft war aber vollständig rein Mittags kam ein Telegramm an, in dem dem Sohn mitgeteilt wurde, daß sein Vater um 3,30 Uhr morgens an den Folgen einer Operation gestorben sei.

Handel und Börse.

)(Die Goldmarkrechnung im Einzelhandel. Ueber die Stellungnahme der Preisprüfungsstellen des rhein.-westf. Industriegebietes zu diesem Problem berichtet das Novemberheft des Wirtschaftsblattes der Handelskammer zu Iserlohn, das soeben in dem bekannten Siegener Montanusverlag erschien. Die Anwendung eines Schlüsselzahlsystems bei der Preisbestimmung wird nach diesem Bericht grundsätzlich anerkannt. Solange das Statistische Reichsamt nicht einen einheitlich zu verwendenden Multiplikator ermittelt und regelmäßig bekannt gibt, wird nach den veröffentlichten Richtlinien als angemessene Schlüsselzahl eine Kombination von 75 Prozent des aus dem amtlichen Berliner Dollarbriefkurs sich ergebenden Preises der Goldmark mit 25 Prozent des jeweils letzten Lebenshaltungskosten-Index des Statistischen Reichsamtes empfohlen. Bei der bestehenden Markverwirrung werden die Preisprüfungsstellen der augenblicklichen echten (Gold-) Teuerung ernste Beachtung schenken und auch von den Handelskreisen jede durch die Gesamtlage bedingte notwendige Rücksichtnahme auf die Verelendung der Konsumentenkreise verlangen. Die Preisprüfungsstellen glauben erklären zu müssen, daß die positive Maßnahmen zur allgemeinen Preissenkung nicht zu greifen imstande sind, wohl aber zur Verhinderung unberechtigter Verteuerungen. — Das neue Heft bringt weiterhin eine ganze Reihe Bestimmungen über Verkehrs- und Zollwesen des besetzten Gebietes sowie die Verordnung zur Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen. Einen besonderen Wert enthält die Nummer (ebenso wie die folgenden) noch durch den Beginn der Veröffentlichung des von Dr. rer. pol. Fuhlrott bearbeiteten „Arbeitsrecht nach Kennworten", das eine für den praktischen Gebrauch unternommene Erfassung der gesamten einschlägigen Materie darstellt und daher sicher von allen Unternehmern begrüßt werden wird. Die Bearbeitung hat der Montanus-Verlag für sein demnächst erscheinendes „Landes-Adreßbuch Baden" vornehmen lassen.

* * *

Amtliche Produktennotierungen in Berlin am 6. Dezember 1923.

Für 1000 Kg in Goldmark	**Weizen**	Märk. 177—182	Tend: ruhig
		Pomm —	
		Schles. —	
	Roggen	Märk 157—161,5	„ behauptet
		Pomm. —	
		Schles. —	
	Gerste	Wintergerste —	„ „
		Sommer 164—166	
		neue	
	Hafer	Märk. 146—150	„ etw. fester
		Pomm. 145—149	
		Schles. 145—148	
	Mais	ab Berlin —	„
		ab Hamb. —	
Für 100 Kg. brutto ei schl Sack in Goldm.	**Weizenmehl**	28,50—33,80	Tend.: beh.
	Roggenmehl	27,00—30,50	„ „
	Maismehl	—	„
Für 1 0 Kg. b ffko einschl. Sack in Goldmk	**Weizenkleie**	7,00—7,20	Tend.: ruhig
	Roggenkleie	7,00	„ „
Für 100 Kg. in Goldmk	**Raps**	330	Tend.: ruhig
	Raps, neu	—	„
	Leinsaat	—	„

Für 100 Kg in Goldmark ab Verladestationen: Viktoriaerbsen 48—58, Kleine Speiseerbsen 33—36, Peluschken 17—19, Serradella 20—23, Rapskuchen 13, Trockenschnitzel prompt 6,90—7.00, Kartoffelflocken 19.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen ab Station per 100 Kilogramm in Goldmark

Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 0,70 bis 0.90, Haferstroh drahtgepreßt 0.60—0.80, Roggen- und Weizenstroh bindfadengepreßt 0.50—0.60, Heu, gutes 1.30—1.50, handelsüblich 1.10—1.20.

Gottesdienste am Samstag, 8. Dezember

(Maria Empfängnis)

Kathol Pfarrkirche. 6 Uhr: Stille heilige Messe. Pfarrer Schnurbus. 7,30 Uhr: Frühmesse mit Predigt, gemeinschaftliche hl. Kommunion der Knaben. 8,45 Uhr: Schulmesse mit Predigt 10 Uhr: Hochamt mit Predigt, Kaplan Schleep. 2,30 Uhr: Andacht.

Geiseche. 7,30 Uhr: Heilige Messe, Kaplan Schleep

Holzen 9,30 Uhr: Hochamt, Kaplan Winter.

Wetteraussichten für mehrere Tage im Voraus:

8. Dezbr. Wolken, Niederschlag, ziemlich gelinde.
9. Dezbr.: Wolken, etwas Sonne, normal temperiert.
10. Dezbr.: kaum verändert.
11. Dezbr.: wenig verändert, vielfach Sonne

Lichtspiele „Zur Reichskrone"

Freitag bis Montag!

Henny Porten

in ihrem gewaltigen Monumental-Filmwerk:

Der Kaufmann von Venedig

8 Riesenakte! 8 Riesenakte!

Spieldauer ca. 2 Stunden!

Hauptdarsteller:

Henny Porten, Harry Liedtke, Lia Eibenschütz, Werner Kraus, Albert Steinrück, Ferd. v Alten, Jakob Tiedtke

Edle, Edelfrauen, Gerichtsherren, Masken, Bürger, Bürgerinnen, Tänzerinnen, Gondolieri

Die Szene ist teils in Venedig, teils in Belmont auf Porzias Landsitz. — Sämtliche Außenaufnahmen sind in Venedig und Umgegend hergestellt.

Dieses gewaltige Henny Porten-Monumental-Filmwerk stellt alle bisher gebotenen Henny Porten-Filme in den Schatten.

Außerdem Fatty in der köstlichen Groteske

Fatty als Don Juan!

2 Akte sprudelnden Humors 2

Bekanntmachung

betr. die Steuer vom Grundvermögen.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses in Hörde vom 17. November 1923 über die staatliche Steuer vom Grundvermögen wird darauf hingewiesen, daß die Staatssteuerrolle der Stadt Schwerte vom 13. Dezember 1923 ab während der Dauer einer Woche zur Einsicht für die Steuerschuldner im Rathause, Zimmer 16 (Steuerbüro) öffentlich ausliegt. 4073

Schwerte, den 6. Dezember 1923.

Der Magistrat.

Lichtspiele „Zum alten Rathaus"

Freitag, Samstag, Sonntag

Das erstklassige Schlagerprogramm

1.

Der große italienische Sensations- und Abenteuerfilm

Die lebende Zielscheibe

In sieben gewaltig spannenden Akten.

2.

Weltstadtbanditen

Großer Detektiv- und Abenteuerfilm aus dem Großstadtleben in sechs fesselnden Akten.

Radio-Apparate

für den deutschen Rundfunk

(behördlich zugelassen)

und den Export

liefert prompt

Willy Pieper, Ingen.-Büro,

Fernruf 1694. Osnabrück, Burscheistraße 85.

Vertreter gesucht!

Theodor Körner

Wer hat ein Bild oder Büste von ihm und leiht dieselbe einmal?

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Trauerbriefe

liefert schnellstens

Buchdruckerei C. Braus

Für Weihnachten

Große Auswahl in

Ia. Leder-

Damenhandtaschen
Brieftaschen
Geldscheintaschen
Berufstaschen
Aktenmappen

Buchhandlung Carl Braus.